



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Aus der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 25. Februar 2010

KPÖ wirkt!

Stukitzbadwiese bleibt erhalten

Erfolg für KPÖ und besorgte Freunde des Stukitzbades in Andritz: 200 Quadratmeter Wiese auf dem Areal des Bades bleiben erhalten und werden nicht den Nachbarn verkauft. Dort ist unter anderem ein Wettcafe untergebracht, das mehr Parkplätze wollte.

Im Gemeinderat sollte am 25. Februar beschlossen werden, dass die Stadt auf ihr Vorkaufsrecht an einer 200 Quadratmeter umfassenden Teilfläche des Stukitzbades verzichtet hätte.

te. **KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer spricht sich klar gegen eine Veräußerung aus:** „Die Liegeflächen beim Stukitzbad sind an heißen Tagen überfüllt. Außerdem hatte Andritz in den letzten Jahren einen besonders starken Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Es ist unverantwortlich, die Freiflä-



chen beim Stukitzbad zu verkleinern“. Die KPÖ alarmierte die Öffentlichkeit, Stukitzbadfreunde sammelten

Protestunterschriften, schließlich lenkte die Stadt ein. **Gerti Schloffer:** „Ich bin froh für die Andritzer, dass die gesamte Liegefläche erhalten bleibt.“ Hintergrund dieser Entwicklung: Das Stukitzbad ist schon vor geraumer Zeit von der Stadt Graz an die stadteigene Firma GBG verkauft worden, um Budgetlöcher zu stopfen. Jetzt will die GBG stadteigene Grundstücke weiter verkaufen, weil sie selbst schwer verschuldet ist.

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60

BEBAUUNGSPLAN AREAL DER EHEMALIGEN SARGTISCHLEREI

Gemeinderäte unter Druck gesetzt

Vor einigen Jahren verkauften die Stadtwerke Graz das Areal der ehemaligen Sargtischlerei an die WEGRAZ von Dr. Hohenberg. Zuvor hatte die KPÖ in mehreren Anträgen versucht, das Gebiet im dicht besiedelten Gebiet zwischen Schönaugürtel und Obere Bahnstraße als Grünraum für die Wohnbevölkerung zu sichern. In der Gemeinderatssitzung am Donnerstag wurde über den Bebauungsplan, der eine massive

Bebauung des Areals vorsieht, abgestimmt. Um diesen durchzudrücken, setzten Nagl & Co. sogar die Gemeinderäte unter Druck. Letztere wurden mit einer möglichen Amtshaftungsklage bedroht, sollten sie gegen den Plan stimmen.

Stadträtin Elke Kahr (KPÖ) appellierte an die soziale Verantwortung der Gemeinderäte: „Es muss hier allen klar sein, was mit einem Beschluss dieses Bebauungsplans angerichtet

wird. Rund 60 - zum Großteil noch kleine - Kinder wohnen derzeit in den angrenzenden städtischen Wohnhäusern. Sie müssen sich künftig winzige Restflächen teilen.“ Grünraum verschwindet. In der anschließend von der ÖVP geforderten namentlichen Abstimmung blieb die KPÖ geschlossen bei ihrer Haltung gegen den Plan, konnte den fatalen Beschluss einer fast restlosen Bebauung jedoch nicht verhindern.

Anträge und Initiativen der KPÖ am 25. Februar 2010

Gemeindebauten: Land soll Einbau von Liften fördern

Viele alte und behinderte Menschen leben im dritten oder vierten Stock von Altbauwohnungen und wären auf einen Lift angewiesen. Die anderen Mieter lehnen aber einen Einbau ab. Hier muss Abhilfe geschaffen werden.

Der Einbau von Liften in alten Wohnhäusern der Gemeinden und der Genossenschaften soll vom Land finanziell gefördert werden. Das fordert die KPÖ deshalb in einem Dringlichkeitsantrag an den Grazer Gemeinderat. **Gemeinderätin Uli Taberhofer:** „Würden die notwen-



digen Maßnahmen getroffen, um Menschen mit Behinderung den Zugang zu ihren Häusern zu ermöglichen, wäre ein Herausreißen aus der gewohnten räumlichen und sozialen Umgebung mit allen damit verbundenen Nachteilen zu vermeiden. Der nachträgliche Einbau eines Liftes im Sinne des Mietrechtsgesetzes scheitert allerdings oft an den hohen Kosten. Lösbar ist dieses Problem nur durch finanzielle Hilfe der öffentlichen Hand.“

Schloss Karlau verfällt

Seit 1. Jänner 2010 ist die neue Verordnung des Bundesdenkmalschutzgesetzes in Kraft. Mit dabei unter den besonders denkmalgeschützten Objekten ist auch das Grazer Schloss Karlau, die jetzige Haftanstalt inmitten von Graz.

Christian Sikora, Grazer KPÖ-Gemeinderat und Personalvertreter der Justizanstalt Graz Karlau: „Das besonders geschützte Schloss Karlau verfällt zunehmend - und da nehme ich den Bund als Verantwortlichen in die Pflicht! Bei den Außenwänden bröckelt bedrohlich der Verputz, die denkmalgeschützte wertvolle Schlossuhr ist verwittert und nicht mehr erkennbar! Ich fordere den Bund nun auf, vorrangig zu sanieren und den geschützten Urzustand wieder herzustellen!“



Stadt zahlt für Styria



Neben der Übernahme einer 50 Mio.-Megahaftung bei der Errichtung des Styria-Head-Quarters will die Stadt Teile des Baugrundes bis zur Bebauung um 105.000,- Euro jährlich als Park anmieten. Das Grundstück gehörte bis vor kurzem der Stadt Graz selbst. „Ein Unternehmen mit wesentlicher Beteiligung der Kirche sollte doch so christlich sein und der Stadt Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung stellen“, forderte **KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann.** Die KPÖ stimmte gegen diese verdeckte Subvention des Styria-Medienkonzerns.

Hummelkaserne

Die KPÖ konnte im Rahmenplan für die Reininghausgründe den kommunalen Wohnbau und das Interesse der Stadt an der Hummelkaserne verankern. **Gemeinderat Manfred Eber:** „Es geht darum, städtebaulichen Wildwuchs zu verhindern und diesen Stadtteil geordnet zu entwickeln. Auf keinen Fall darf es darum gehen, den Geldgebern der Firma asset one aus der Patsche zu helfen.“



„Haus Graz“ greift: Augartensauna wird gesperrt

Die KPÖ ist gegen die Schließung der Augartensauna. **GR Manfred Eber:** „Wir freuen uns natürlich darüber, dass die Graz AG beabsichtigt, einen Betriebskindergarten zu eröffnen. Allerdings darf das nicht auf Kosten der traditionsreichen Sauna im Augarten gehen.“

Die Bereitstellung von Sport- und Erholungsangeboten wie Schwimmbad und Sauna für die Bevölkerung gehört zu den Aufgaben der Stadt. Die beabsichtigte Schließung der

Augartensauna ist bereits eine der ersten Auswirkungen der Ende letzten Jahres beschlossenen Einsparungsmaßnahmen zum „Haus Graz“. Dass sich BürgerInnen mittels einer Unterschriftenliste gegen die Schließung wehren wollen und sich der Bezirksrat von Jakomini einstimmig gegen die Schließung ausgesprochen hat, ist ein sichtbares Zeichen, dass es großes Interesse am Erhalt dieser Einrichtung gibt.

Volksschule Elisabeth vor dem Aus

Nach dem Ende der Volksschule Ries und der Volksschule Wieland droht ein weiterer Volksschulstandort zu verschwinden. Die geplante Stilllegung der Volksschule Elisabeth 2012 wäre sicherlich das völlige Ende dieses Standortes für den Volksschulbereich.



- eventuell unter Zusammenlegung von jeweils zwei Schulstufen“, macht Gemeinderat und **KPÖ-Bildungssprecher Mag. Andreas Fabisch** den Standpunkt der KPÖ deutlich.

„Auch bei rückläufigen Anmeldungen sollten Klassen in dieser zentralen Lage - zumindest als Expositur - aufrecht erhalten bleiben

„Denn auch das ist Qualität: dass Kinder im Volksschulalter noch zu Fuß ihre Schule erreichen können und nicht auf Verkehrsmittel angewiesen sind!“, so Fabisch.

Weitere Initiativen der KPÖ

Alle Städtischen Büchereien einmal pro Woche bis 19 Uhr offen halten (Antrag, GR Fabisch).

Murpromenade vor Hundekot und Abfall schützen (GRin Gerti Schloffer).

Palmenhaus: Beschilderung der Pflanzen auch in deutscher Sprache (GRin Uli Taberhofer)

Johanna Dohnal Straße: Gemeinderätin Uli Taberhofer forderte die Benennung einer Straße oder eines Platzes nach der verstorbenen Frauenministerin (Antrag)

**Aus dem Grazer Gemeinderat:
Exklusive Information aus erster Hand!**



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: **www.kpoe-graz.at**

